

Wie die Umwelt-Berater der Bundesregierung von der politischen Realität eingeholt wurden



Von **Lennart Pfahler**

Redakteur Investigation und Reportage

Stand: 29.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen bei der Bundespressekonferenz mit der ehemaligen Umweltministerin Steffi Lemke

Quelle: picture alliance/SZ Photo/Jürgen Heinrich; Montage: Infografik WELT

Einst rief der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen die „große Transformation“ aus. Heute müssen die Forscher konstatieren, dass kaum jemand Deutschland auf dem Weg gefolgt ist. Interne Protokolle zeugen von der Sorge vor einer „neuen Weltordnung“.

Ein in Rückblick ins Jahr 2011: Bei der [UN-Klimakonferenz in Mexiko \(https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/un_klimakonferenz_in_cancun_mexiko_2010_1443.htm\)](https://www.nachhaltigkeit.info/artikel/un_klimakonferenz_in_cancun_mexiko_2010_1443.htm) hat sich die internationale Gemeinschaft gerade auf das Zwei-Grad-Ziel geeinigt. In Deutschland beschließt die schwarz-gelbe Regierung nach dem Reaktor-Unglück von Fukushima den [vorzeitigen Atomausstieg \(https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/abstimmung-250082\)](https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2011/abstimmung-250082).

Und der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU), ein neunköpfiges Gremium, das vom Bildungs- und vom Umweltministerium berufen wird, präsentiert einen Bericht (https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf) , der für Schlagzeilen sorgt.

Es ist der bislang vielleicht größte Wurf des seit 1992 existierenden Gremiums. 34 Seiten umfasst alleine die Kurzzusammenfassung des Reports. 448 sind es insgesamt. Darin entwerfen die Experten, darunter der damalige Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, einen „neuen Gesellschaftsvertrag“. Sie schreiben: Das kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell sei „ein normativ unhaltbarer Zustand“. Es gefährde „die Existenzgrundlagen künftiger Generationen“. „Die Transformation zur Klimaverträglichkeit ist daher moralisch ebenso geboten wie die Abschaffung der Sklaverei und die Ächtung der Kinderarbeit.“ Das Papier gilt – zumindest damals – als wegweisend.

14 Jahre später gibt es den WBGU noch immer. Monatlich kommt er zu einer Sitzung zusammen. Jährlich veröffentlichen die Experten ein sogenanntes Hauptgutachten. Das nächste soll sich mit dem Thema „Sicherheit“ befassen – ein Begriff, den die Umwelt-Experten weiter fassen wollen, als es in der Debatte über militärische Aufrüstung gemeinhin geschieht. Doch die großen Ambitionen des WBGU sind einer neuen Skepsis gewichen. Zum Teil auch tiefer Sorge.

Das zeigen interne Protokolle der Sitzungen seit dem Jahr 2016, die WELT AM SONNTAG vorliegen. Darin wird deutlich, dass sich die Wissenschaftler einer neuen geopolitischen Realität gegenübersehen: Immer weniger Staaten fühlen sich dem Umweltschutz verpflichtet, Klimapolitik ist in vielen wichtigen Industriestaaten zu einem Auslaufmodell geworden, selbst die EU hat ihre zunächst ambitionierten Pläne des „Green New Deal“ (<https://www.reuters.com/sustainability/boards-policy-regulation/comment-dangers-ditching-europes-green-deal-2025-02-17/>) zuletzt aufgeweicht.

In den Protokollen ist die Rede von einer „neuen Weltordnung“, von einem Verlust der europäischen „Vorbildfunktion“, und – mit Blick auf die sich immer stärker vom Klimaschutz abwendenden Gesellschaften – von einer „Manipulation der Öffentlichkeit“ durch „Desinformation und Wissenschaftsfeindlichkeit“. Bei den Treffen der Experten wird ein Spagat deutlich: zwischen dem wahrgenommenen Bedeutungsverlust Deutschlands und den weiterhin hehren Ansprüchen seiner Umweltpolitik.

So zog der WBGU kurz vor Ende der achten Beiratsperiode im Oktober 2024 ein düsteres Fazit. Sie sehen, notierten die Mitglieder, „die nationale und internationale Nachhaltigkeitspolitik zunehmend unter Druck“. Der Grund: das Spannungsverhältnis zwischen Populismus, Autokratien und Diktaturen einerseits und liberalen Demokratien andererseits. „Ein transformativer Wandel in Richtung Nachhaltigkeit ist in die Ferne gerückt“, heißt es in den Dokumenten. Es sei wahrscheinlich, dass geopolitische Konstellationen Mehrheiten für Nachhaltigkeit verhinderten. Damit sei die „Agenda 2030“, also die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, nicht mehr verwirklichtbar.

Doch auch von der Bundesregierung zeigen sich die Fachleute zunehmend enttäuscht. Auch auf nationaler Ebene werde das Thema Nachhaltigkeit nicht mehr vorangetrieben, befanden die Umwelt-Berater – und das bereits zu einem Zeitpunkt, als noch immer die Ampel-Regierung unter Beteiligung der Grünen regierte. Der Trend gehe zu ökonomischen und sicherheitsrelevanten Themen, nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz würden „marginalisiert“.

„Elitenherrschaft“ und „Totalüberwachung“

In der neunten Beiratsperiode begann der WBGU sich dieser Realität zu stellen – und ein eigenes Konzept für eine Sicherheitspolitik zu entwerfen, das den Begriff auf den Bereich Umweltschutz ausweitet.

Im Juni veröffentlichten die Experten dazu ein Diskussionspapier (<https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/ip03-2025>). Dieses betonte, dass auch Umweltkrisen ein erhebliches Sicherheitsrisiko darstellten. „Sie bahnen den Weg für Pandemien, führen zu Flucht und Interessenkonflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen und bedrohen die Sicherheit weltweit“, heißt es etwa. Zudem warnten die Forscher vor einem „digital ermächtigten Totalitarismus“. Soziale Ungleichheiten, „Elitenherrschaft“, „Totalüberwachung“ und Umweltzerstörung – hätten sich schneller als befürchtet zu einer realen Gefahr für liberale Demokratien entwickelt.

Bereits in der vorangegangenen Diskussion hatten sich die Experten, nun unter Leitung des Umweltingenieurs Jörg Drewes von der TU München und Anna-Katharina Hornidge, Direktorin des German Institute of Development and Sustainability in Bonn, intensiv zum Thema „Desinformation“ ausgetauscht. Laut einem Protokoll der Sitzung kamen sie zu dem Befund, dass durch traditionelle und soziale Medien Meinungen gezielt beeinflusst und „alternative Fakten“ verbreitet würden. Zudem habe man diskutiert, „warum wissenschaftliche Erkenntnisse zur Klima- und Biodiversitätskrise nicht in der Gesellschaft ankommen“ oder auf „Abwehrreaktionen stoßen“. Das Ergebnis der Debatte lassen die Dokumente offen.

Klar ist derweil, dass Bundesregierung und WBGU sich weiter in der bedeutenden Rolle sehen, die internationale Gemeinschaft auf Kurs zu halten. Im September traf sich Bundesumweltminister [Carsten Schneider \(SPD\)](https://www.welt.de/politik/deutschland/article256066760/Umweltminister-Schneider-Der-neue-Mann-fuer-den-Klimaschutz-mit-Transformationsfrust-kennt-er-sich-aus.html) (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article256066760/Umweltminister-Schneider-Der-neue-Mann-fuer-den-Klimaschutz-mit-Transformationsfrust-kennt-er-sich-aus.html>) erstmals mit dem Beirat. Schneider betonte die Verantwortung Deutschlands innerhalb Europas in einer „Bewährungsphase bezüglich der Klimakrise“. Er bat den WBGU, die „Debatte mitzubestimmen“. Denn in einer Demokratie sei es immer möglich, dass die Stimmung kippe. Der Minister bremste jedoch auch die Erwartungen. Er erlebe, wie schwierig es sei, mit Teilen der Bevölkerung in den Dialog über Klimaschutz zu treten. Im Protokoll heißt es nüchtern: „Er macht deutlich, dass er nur politische Arbeit machen kann mit dem Mandat, das er von der Bevölkerung bekommt.“

Wir sind das WELT-Investigativteam: Sie haben Hinweise für uns? Dann melden Sie sich vertraulich – [per E-Mail \(mailto:investigativ@welt.de\)](mailto:investigativ@welt.de) oder über den verschlüsselten Messenger Threema (X4YK57TU).

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung –
so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>